

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## AFGHANISTAN UND DIE SICHERHEITSLAGE IN ZENTRALASIEN

### ■ ANALYSE

Herausforderung Afghanistan

Die Sicherheitslage in Zentralasien nach 2014

Von Farchod Tolipow, Taschkent

2

### ■ CHRONIK

Vom 23. März bis 19. April 2013

6



Forschungsstelle Osteuropa  
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen  
werden unterstützt von:

**VDW**

Verband der Deutschen  
Wirtschaft in der  
Republik Kasachstan

&

**giz**

Deutsche Gesellschaft  
für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

## Herausforderung Afghanistan

### Die Sicherheitslage in Zentralasien nach 2014

Von Farchod Tolipow, Taschkent

#### Zusammenfassung

Der 2014 bevorstehende Abzug der Koalitionstruppen stellt nicht nur Afghanistan selbst, sondern auch seine nördlichen Nachbarn vor neue, große sicherheitspolitische Herausforderungen. Die Staaten Zentralasiens sind sich dessen sehr bewusst, sie haben aber bislang keine gemeinsamen Strategien, mit denen sie dieser drängenden Aufgabe begegnen könnten. In einer gemeinsamen regionalen Sicherheitsordnung sieht der Autor aber einen unbedingt notwendigen Schritt zur Lösung der diversen vielfältig miteinander verknüpften Probleme, vor denen die Region steht.

Die Lage in Afghanistan stellt schon seit langem ein ständiges Sicherheitsproblem für Zentralasien dar. Die berühmten beiden »Great Games« des 19. und 20. Jahrhunderts in der Region legen davon Zeugnis ab. (Als »Great Game« [Großes Spiel] wird der historische Konflikt zwischen Großbritannien und Russland um die Vorherrschaft in Zentralasien im 19. Jahrhundert bezeichnet, in Anlehnung daran wird die Konkurrenz von USA/NATO versus RF, China, SCO von manchen Kommentatoren das neue Great Game genannt. Anm. d. Übers.) Die gegenwärtige Sicherheitslage in Zentralasien ist im Fluss und wird in hohem Maße durch den Kontext der geopolitischen Implikationen des Rückzugs der ISAF-Truppen aus Afghanistan geprägt. Dieses vom Krieg zerrissene Land steht als eine Quelle möglicher Bedrohungen auch gegenwärtig ganz oben auf der strategischen und sicherheitspolitischen Agenda der zentralasiatischen Staaten.

Der Präsident Usbekistans, Islam Karimow, hatte in den 1990er Jahren konstatiert, dass die regionalen Integrationsprozesse in Zentralasien durch die Ereignisse in Afghanistan einstweilen aufgeschoben sind. Im Januar 2012 hat Karimow nun davor gewarnt, dass »der angekündigte Abzug der Truppen der USA und der ISAF aus Afghanistan bis 2014 zu einer zunehmenden Gefahr eines Übergreifens terroristischer und extremistischer Aktivitäten, zu Spannungen und Konfrontationen in dieser riesigen Region und auch zum Entstehen einer permanenten Quelle der Instabilität führen kann«. Diese Aussage spiegelt die ernste Besorgnis der usbekischen Führung über die Lage in Afghanistan nach 2014 wider. Es muss unterstrichen werden, dass sich die Zentralasiaten vor dem Beginn des Truppenabzugs in den afghanischen Angelegenheiten generell im Hintergrund gehalten haben und mit diesem Status quo relativ gut leben konnten. Jetzt sind sie damit beschäftigt, sich an die neuen Umstände im Zusammenhang mit dem Ende der ISAF-Mission anzupassen, von dem sie eine angebliche Wiedergeburt der Taliban oder eine neue Spirale der Instabilität befürchten.

#### Ergebnisse und Folgen der internationalen Militäroperation

Die Militäroperation in Afghanistan hat seit 2001 mindestens drei Phasen durchlaufen: die von den USA angeführte Operation 2001–2003, die ISAF-Operation der NATO 2003–2009 und den Abzugsprozess von 2009 bis heute. Diese drei Phasen spiegeln gewissermaßen drei grundlegende Ziele wider, die sich aus der anfänglichen Hauptzielsetzung im Verlauf dieser Phasen entwickelt haben: 1) die Antiterror-Operation; 2) Friedenssicherung und Staatsaufbau; 3) »Lokalisierung« der Afghanistanfrage. Es wird erwartet, dass letzteres Ziel im Jahre 2014 erreicht sein wird.

Es ist gerade dieser »Lokalisierungs«prozess, der eine höchst widersprüchliche und äußerst schwierige Situation in Afghanistan und seinen Nachbarländern schafft, weil er die Übertragung der Verantwortung für Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wiederaufbau von den internationalen Streitkräften auf die Afghanen beinhaltet, die dazu noch nicht bereit zu sein scheinen. Gleichzeitig wird Lokalisierung in einem breiteren Sinn verstanden und impliziert eine aktivere Rolle der Nachbarländer, insbesondere der zentralasiatischen, beim Wiederaufbau Afghanistans und bei der Bewahrung der regionalen Sicherheit.

Auf den ersten Blick sieht eine solche »Exit-Strategie« klug aus und scheint in Anbetracht des zunehmenden Unwillens der westlichen Staaten gegenüber einer Verlängerung der Militäration und der angeblich wachsenden Entfremdung zwischen Ausländern und einheimischer Bevölkerung gerechtfertigt. Diese Strategie wirft jedoch eine Reihe von Fragen auf, zum Beispiel: Werden sich die zentralasiatischen Länder mit Blick auf ihren südlichen Nachbarn nach dem Abzug wohler (das heißt, sicherer) fühlen und werden sie sich dort mehr engagieren? Ist Afghanistan selbst bereit für die Selbstverwaltung in der Phase nach dem Abzug der USA (oder der ISAF)? Da der internationale Feldzug in Afghanistan nicht ohne ein definiertes Endziel (Beseitigung des globalen Terrorismus) geführt wurde, stellt

sich die Frage, ob dieses Ziel wirklich erreicht wurde. Hinsichtlich des allerersten Ziels der Operation Enduring Freedom (OEF) – Sturz des Taliban-Regimes und Beseitigung des Al-Qaida-Führers Bin Laden – war er ein Erfolg. Aber mit Blick auf die Aufgaben des »globalen Kriegs gegen den Terror«, der gleichzeitig mit der Etablierung der OEF im Gefolge von 9/11 proklamiert wurde, können wir nur von einem relativen, ja sogar nur von einem bescheidenen Erfolg sprechen.

Unter den zahlreichen von Afghanistan ausgehenden Sicherheitsherausforderungen, mit denen die Region Zentralasien konfrontiert ist, sind die beiden folgenden am wichtigsten: Opiumproduktion und Drogenhandel sowie religiöser Extremismus und die Aktivitäten der Islamischen Bewegung Usbekistans (Islamic Movement of Uzbekistan = IMU). Durch die verschiedenen internationalen Bemühungen, Afghanistan zu stabilisieren und wieder aufzubauen, ist es nicht gelungen, die Opiumproduktion auszurotten; bis zu 30 % der Drogen aus Afghanistan werden auf dem Weg über Zentralasien exportiert. Was die IMU betrifft, so ist diese terroristische Organisation, die einst in den späten 90er Jahren auf dem Gebiet Usbekistans aktiv war, nach dem harten Durchgreifen der usbekischen Regierung gegen sie aus dem Land geflohen, heute operiert sie in Pakistan und Afghanistan und kämpft gemeinsam mit den Taliban und Al-Qaida. Die gefährlichen Ereignisse vom Sommer 2012 im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan in Tadschikistan waren erneut ein Signal, dass von tadschikisch-afghanischen grenzüberschreitenden kriminellen Aktivitäten und vom Drogenhandel eine andauernde Bedrohung ausgeht.

Im Großen und Ganzen sehen sich die Länder Zentralasiens vor dem Hintergrund pessimistischer Befürchtungen und strategischer Unsicherheit, die sich auf das »magische Datum 2014« beziehen, vor der doppelten Zukunftsaufgabe weiterhin ihre nationalen Interessen zu verfolgen und zugleich regionale Perspektiven wieder aufleben zu lassen. Das Konzept der afghanischen Eigenverantwortlichkeit und der Regionalisierung des afghanischen Friedens- und Wiederaufbauprozesses ist ein Warnsignal für die Zentralasiaten, weil es sie zu neuen strategischen Entscheidungen gegenüber Afghanistan selbst zwingt und eine Neugestaltung der Beziehungen auf bilateraler und multilateraler Ebene bei Aktivierung aller verfügbaren politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Ressourcen erfordert. Insbesondere werden SCO, CSTO, CAREC und andere regionale Strukturen nun völlig freie Hand haben, was die Sicherheitsbedürfnisse und ökonomischen Erfordernisse der zentralasiatischen Länder betrifft. Ebenso wie die zentralasiatischen Länder haben diese regionalen Strukturen sich

bisher bedeckt gehalten und sogar die NATO beschuldigt, nur zögerlich in den afghanischen Angelegenheiten zu kooperieren. Bald werden sie eine neue Gelegenheit haben zu demonstrieren, in welchem Maße sie fähig sind, die regionalen Sicherheitsfragen zu regeln, einschließlich möglicher neuer Herausforderungen von Seiten Afghanistans.

Gleichzeitig gibt es auch Grund zu Optimismus, was die zukünftige Fortsetzung des von den USA angeführten Friedensbildungs- und Wiederaufbauprozesses durch Afghanen betrifft. Dieser Optimismus speist sich aus der Auffassung, dass Afghanistan nach 2014 auf jeden Fall eine Taliban-freie Zone sein wird, denn diese terroristische Organisation kann in diesem Land kaum wieder an die Macht kommen. Diese Argumentation gründet sich darauf, dass die Taliban in doppelter Hinsicht diskreditiert sind – innenpolitisch und international. Innenpolitisch, weil die Taliban, als sie in Afghanistan an der Macht waren, die Funktionsfähigkeit des Staates zerstört und einen Bürgerkrieg im Lande herbeigeführt haben, dessen Wiederholung die Bevölkerung wohl kaum zulassen wird. International – weil sie Al-Qaida Zuflucht gewährt haben und dadurch Schuld für die Ereignisse von 9/11 tragen.

Die gegenwärtige Sicherheitslage in der Region entwickelt sich, wie bereits gesagt, im Kontext des Rückzugs der ISAF über das so genannte Northern Distribution Network (NDN, Nördliches Verteilungsnetz). Etwa 125.000 Container und 80.000 Fahrzeuge sollen bis Ende 2014 via Eisenbahn, Straße und auf dem Luftweg über das NDN transportiert werden. Alle zentralasiatischen Länder sind an diesem Prozess beteiligt, der wirklich beispiellos in der Region ist, was seine geopolitischen Implikationen betrifft. Das militärische Personal und die Technik von NATO und anderen ISAF-Staaten reisen nun in einer Region hin und her, die ihnen sonst in einem solchen Ausmaß und besonders für militärische Zwecke nicht zugänglich wäre.

### **Rolle und Bedeutung regionaler und internationaler Akteure**

Von daher ist Zentralasien im Gefolge der Militäroperationen in Afghanistan mehr als jemals zuvor einer Großmachtpräsenz in der Region ausgesetzt, mit allen daraus folgenden geopolitischen Implikationen. In diesem Zusammenhang muss das Phänomen des »Wettrennens um Militärbasen« in Zentralasien erwähnt werden. Die Flugzeugstützpunkte und Militärkontingente der USA, Russlands, Deutschlands und Frankreichs wurden auf den Territorien Usbekistans, Kirgistans und Tadschikistans stationiert und haben dadurch eine durchaus ambivalente Situation geschaffen, was die geopolitische Dimension angeht. Wie Präsident Kari-

mow bereits im Jahr 2003 feststellte, entstand dadurch eine Situation strategischer Unsicherheit in der Region. Ganz überraschend ist diese Situation durch Usbekistans vollständigen Rückzug aus der Organisation des Vertrages für kollektive Sicherheit (CSTO, Collective Security Treaty Organization), deren Mitglied es seit 2006 war, im Dezember vergangenen Jahres sogar noch unsicherer geworden. Taschkents unerwartete Entscheidung fügte den Unsicherheiten eine weitere hinzu, denn seine zukünftige Sicherheitspolitik wurde zu einem geopolitischen Rätsel.

Taschkent hat seinen Austritt aus der CSTO damit erklärt, dass es mit der Position der Organisation in Bezug auf Afghanistan nicht einverstanden sei. Es wurden jedoch von Taschkent keine klaren Erläuterungen über die Details dieser Meinungsverschiedenheit verlautbart. Im Großen und Ganzen war Usbekistans Austritt aus der CSTO seit langem erwartet worden, denn es war ein sehr passives und sogar widerwilliges Mitglied. Im Licht dieser kürzlich eingetretenen Veränderungen in diesem von Russland angeführten kollektiven Sicherheitssystem, kann die CSTO mit ernsthaften Spannungen konfrontiert sein, was ihre Mission in Zentralasien betrifft, insbesondere nach 2014. Diese Quasi-Allianz kann nicht länger einen gemeinsamen »Sicherheitsschirm« für die Gesamtregion bereitstellen, muss aber gleichzeitig ihre Verpflichtungen als ein Garant der Sicherheit für die verbleibenden drei zentralasiatischen Mitgliedsstaaten – Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan – aufrechterhalten. Das Paradox dabei ist, dass die Mitgliedschaft dieser drei Staaten in der CSTO eine gemeinsame regionale Sicherheitsordnung impliziert, diese Ordnung ohne Usbekistan aber dazu verdammt ist, unvollständig und irrelevant zu sein.

Auch eine andere regionale Organisation, die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO, Shanghai Cooperation Organization), die aus sechs Mitgliedern besteht – China, Russland und vier zentralasiatischen Staaten (Turkmenistan ist kein Mitglied, Anm. der Übers.) – muss sich mit all jenen Fragen auseinandersetzen, die mit Instabilität und neuen Sicherheitsbedrohungen, die nach 2014 von Afghanistan ausgehen können, zu tun haben. Zur SCO gehören auch vier Staaten mit Beobachterstatus – Indien, Pakistan, Iran und die Mongolei; Afghanistan ist Partnerland. In einer solchen Zusammensetzung wird die SCO gewisse diplomatische und andere Aktivitäten in Hinblick auf den Wiederaufbau in Afghanistan und die Stärkung der regionalen Sicherheit entfalten müssen. Bis jetzt hat sich die SCO trotz ihrer vor einigen Jahren ins Leben gerufenen sogenannten Kontaktgruppe in Bezug auf die internationalen Anstrengungen in Afghanistan ziemlich im Hintergrund gehalten. Daher wird die Situation in der

Region nach 2014 eine ziemliche Herausforderung für diese Organisation darstellen.

Unter diesen neuen Bedingungen werden im Jahr 2014 neue kooperative Sicherheitssysteme in Zentralasien getestet werden, und zwar nicht nur auf Afghanistan bezogen, sondern generell. Nachdem die internationale Koalition ihre Mission in Afghanistan erfüllt hat, wird es für die zentralasiatischen Staaten an der Zeit sein, diese durch ihre eigene regionale Koalition zu ersetzen, die unter anderem fähig sein wird, gemeinsam jeglichen zukünftigen Herausforderungen, insbesondere den von Afghanistan ausgehenden, zu begegnen. Die Staaten Zentralasiens waren bereits in den vergangenen beiden Jahrzehnten gemeinsamen Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt, sie haben es aber nicht geschafft, auch gemeinsam darauf zu reagieren. Ihre einzelstaatlichen Strategien haben sich im Fall gemeinsamer Bedrohung als inadäquat erwiesen, deshalb wurden sie abhängig von einem externen »Sicherheitsschirm«. Somit ist die Bildung einer rein regionalen Koalition oder genauer, einer regionalen Sicherheitsordnung, nun eine zwingende Notwendigkeit.

Andererseits wird, auch wenn die internationale Militärpräsenz beendet beziehungsweise auf ein Minimum reduziert werden kann, die Präsenz internationaler nichtmilitärischer Einrichtungen und von Hilfsorganisationen (Stiftungen, Firmen, Betrieben, Trainern, Lehrern etc.) zweifellos aufrechterhalten werden und vielleicht sogar noch zunehmen. Es ist allerdings die Frage, ob diese Art ausländischer Präsenz von jenen in Afghanistan anerkannt und geschätzt werden wird, die, wie heutzutage die Taliban, weiterhin jedweder Form solcher Präsenz feindlich gesonnen sind.

Auch wenn die Streitkräfte der Koalition abgezogen sein werden, bleiben die oben erwähnten Ziele der beiden ersten Phasen ihres Einsatzes, insbesondere der Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan, höchstwahrscheinlich weiterhin aktuell. Unter diesen Umständen können sich die Zentralasiaten nicht länger im Hintergrund halten. Sie müssen ihre Sicherheitsordnungen gleichzeitig in drei Richtungen neu formieren: in der Region, im postsowjetischen Raum und im internationalen System. In dieser Lage wird, ausgehend von der Wahrnehmung, dass die Allianz sehr wertvolles politisches und strategisches Kapital in der Region angehäuft hat, eine neue, post-ISAF, NATO-Mission in Zentralasien ins Auge gefasst. Die NATO muss dieses Kapital in nachhaltiges Vermögen in ihren globalen Unternehmungen umwandeln. Von diesem Standpunkt aus kann die künftige Sicherheitskonstellation in Zentralasien nach dem Afghanistan-Feldzug der internationalen Gemeinschaft ganz einzigartige, ungewöhnliche Formen annehmen.

## Fazit

Abschließend kann man feststellen, dass die Ereignisse in Afghanistan – der Bürgerkrieg 1996–2001 während der Herrschaft der Taliban, 12 Jahre Operation Enduring Freedom und der gegenwärtige Abzugsprozess der ISAF – wie auch die sich daraus ergebende neue geopolitische Situation in der Region, es notwendig machen, das generelle Thema Afghanistan von einem systematischeren Gesichtspunkt aus zu betrachten, den man wie folgt formulieren kann: Die aktuelle Militäroperation in Afghanistan und ihre Nachfolgerin in anderer Form nach 2014 ist nicht nur einfach eine Operation als solche, also eine, die *in Afghanistan und im Interesse Afghanistans* stattfindet. Es handelt sich um einen Krieg, der sehr viel umfassender und existentieller ist und in dem eine Reihe von miteinander verflochtenen Fragen mit der Erwartung, dass sie gelöst werden, geprüft wird. Es geht darum, den Terrorismus zu besiegen, die Durchsetzungskraft und Geltung internationalen Rechts zu gewährleisten, eine neue Weltordnung und die geopolitische Umgestaltung der Region zu schaffen, zu verhindern, dass die Religion des Islam in Misskredit gerät, die Koexistenz von Islam und Demokratie zu ermöglichen,

die »ewige« Feindschaft zwischen Indien und Pakistan zu beenden, und vieles mehr. Eben dieses Wesen und der Charakter des gegenwärtigen Krieges verbieten es, die ISAF-Operation als eine einfache Militäroperation zu behandeln und das Problem des Rückzugs nur als eine Frage, ob diese Mission erfolgreich durchgeführt wurde. Wegen dieser Implikationen sollte die Militäroperation mit Ergebnissen enden, die fundamentaler, internationaler und zukunftsfähiger sind.

Am Beginn dieses Textes stand das geopolitische Great Game, das vor langer Zeit in Zentralasien stattfand. Seit die Staaten Zentralasiens 1991 die Unabhängigkeit erreicht haben, fanden sie sich in einer neuen Spirale des Great Game wieder. Ob dieses Szenario Wirklichkeit wird, hängt vor allem von den Zentralasiaten selber ab. Afghanistan nach 2014 wird eine existenzielle Herausforderung und ein Lackmus-Test für sie werden, der die Bedeutung und Durchführbarkeit von regionalen, vor allem auf der Zusammenarbeit von fünf Staaten basierenden, Sicherheitsregelungen überprüfen und zeigen wird.

*Aus dem Englischen von Brigitte Heuer*

### Über den Autor:

Dr. Farchod Tolipow ist habilitierter Politikwissenschaftler und Direktor der nichtstaatlichen Bildungseinrichtung »Bilim Karwoni« (Karawane des Wissens) in Taschkent, Usbekistan. Zurzeit ist er Pfp Fellow am NATO Defense College in Rom.

### Lesetipps:

- Igor Rotar, The Afghan Threat. Reality or Uzbek Political Games?, in: Eurasia Daily Monitor, 10/ 62, 3.4.2013, = [http://www.jamestown.org/single/?no\\_cache=1&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=40686&tx\\_ttnews\[backPid\]=620](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=40686&tx_ttnews[backPid]=620)
- Guli I. Yuldasheva, Uzbekistan and the Afghan Reconciliation Process, Afghanistan Regional Forum, No. 1, June 2012, = [http://www.centralasiaprogram.org/images/Afghanistan\\_Forum\\_1\\_June\\_2012.pdf](http://www.centralasiaprogram.org/images/Afghanistan_Forum_1_June_2012.pdf)
- Joshua Kucera, As U.S. Prepares to Exit Afghanistan, Uzbekistan Warming to Russia?, in: Eurasianet, 25.4.2013, = <http://www.eurasianet.org/node/66877>

## CHRONIK

## Vom 23. März bis 19. April 2013

## Kasachstan

28.3.2013	In einer Rede vor den Vorsitzenden des Grenzschutzes der GUS-Staaten warnt der Chef des Komitees für Nationale Sicherheit, Nurtai Abykajew, vor einer steigenden Gefahr terroristischer Aktivitäten im Vorfeld des Abzugs der Koalitionstruppen aus Afghanistan.
29.3.2013	Am Rande seines Besuchs in Duschanbe anlässlich des 11. Asia Cooperation Dialogue dementiert Außenminister Jerlan Idrissow Berichte über eine angebliche Beteiligung Kasachstans am TAPI Pipelineprojekt. Astana unterstützt das Projekt, ohne die Pipeline bis nach Kasachstan verlängern zu wollen.
2.4.2013	Präsident Nursultan Nasarbajew unterzeichnet ein Dekret zur Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Grenzschutztruppen bis Ende des Jahres.
3.4.2013	Die Regierung erhöht die Exportgebühren auf Ölprodukte um 50 %. Die Maßnahme dient dem Ziel, angesichts der wegen der Renovierungsarbeiten an den landeseigenen Raffinerien reduzierten Ölverarbeitung Reserven für eine spätere Verwendung an Stelle der gegenwärtig erhöhten Lieferungen an russische Raffinerien anzulegen.
3.4.2013	Die oppositionelle Website Respublika-kaz.info berichtet wieder einmal von einer Prostatakreberkrankung Präsident Nasarbajews, der sich während seines Israelbesuches Mitte März einem operativen Eingriff unterzogen habe und spekuliert über mögliche Nachfolgeregelungen.
3.4.2013	Nach Angaben von KazTransGaz hat Turkmenistan zugesagt, für die Monate April und Mai bis zu 500 Mio. m <sup>3</sup> Gas in den Süden Kasachstans zu liefern.
4.4.2013	Premierminister Serik Achmetow trifft zu einer offiziellen zweitägigen Visite in Kiew ein. In Gesprächen mit seinem Amtskollegen Mykola Asarow und mit Präsident Viktor Janukowitsch am Folgetag geht es vorrangig um die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder.
4.4.2013	Außenminister Idrissow schätzt eine terroristische Bedrohung für die geplante Lagerstätte für Kernbrennstoffe bei Ulba Metalworks in Öskemen (Gebiet Ostkasachstan) auf Grund des niedrig angereicherten Urans als gering ein, bestärkt aber gleichzeitig die staatlichen Absichten, ein mehrschichtiges Kontrollsystem einzurichten, um unerlaubten Zugang zu verhindern.
5.4.2013	Die Atomgespräche zwischen Iran und den UN-Sicherheitsratsmitgliedern plus Deutschland werden in Almaty wieder aufgenommen. Westliche Diplomaten bewerten die bisherigen Fortschritte der Verhandlungen als gering.
6.4.2013	Präsident Nasarbajew trifft in Peking zu einem offiziellen Besuch ein. Bei seinem Treffen mit Staatspräsident Xi Jinping geht es insbesondere um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und um neue Abkommen zwischen Unternehmen beider Länder im Energiesektor.
7.4.2013	Am Rande des Boao Forum for Asia in China kommt Präsident Nasarbajew mit seinem mexikanischen Amtskollegen Enrique Pena Nieto zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen.
8.4.2013	Während eines Besuchs auf dem World Economic Forum in Baku berichtet Vizepremier Bakytchan Sagintajew, dass Kasachstan 80 % aller ausländischen Direktinvestitionen in Zentralasien auf sich vereinigt und seit 1993 insgesamt 160 Mrd. US-Dollar im Land investiert worden sind.
9.4.2013	Der Chef der Nationalbank, Grigorij Martschenko, teilt mit, dass der Staat Einlagen kasachstanischer Investoren in zyprischen Banken nur dann schützt, wenn sie zuvor auch beim kasachstanischen Staat deklariert worden sind.
9.4.2013	Während eines Treffens mit dem deutschen Botschafter Guido Herz lädt Generalstaatsanwalt Aschat Daulbajew deutsche Experten ein, im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte Haftanstalten in Kasachstan zu inspizieren.
10.4.2013	Präsident Nasarbajew empfängt in Astana den kirgisischen Präsidenten Almasbek Atambajew zu Gesprächen vor allem über die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder.
10.4.2013	In einer Rede vor dem kasachstanischen Unternehmerrat fordert Präsident Nasarbajew eine stärkere Rolle des Privatsektors beim Aufbau der heimischen Wirtschaft, um so die Ziele der Entwicklungsstrategie 2050 zu erreichen.
10.4.2013	Verteidigungsminister Adilbek Dschaksybekow trifft zu einem offiziellen Besuch in Kabul ein. In Gesprächen mit seinem Amtskollegen Bismilla Chan Mochammadi und Präsident Hamid Karzai geht es um Kasachstans Beitrag zur Modernisierung der afghanischen Streitkräfte und die Ausbildung afghanischer Offiziere in Kasachstan.
10.4.2013	Ein Gericht in Karaganda (Gebiet Karaganda) verurteilt den 27jährigen Dias Kuguschew zu fünf Jahren Haft wegen eines Aufrufs zum bewaffneten Dschihad.

11.4.2013	Der stellvertretende Transport- und Kommunikationsminister Roman Skljar gibt bekannt, dass in den nächsten zwei Jahren bis zu 273 Mrd. Tenge (1,83 Mrd. US-Dollar) in den Bau und die Renovierung des Schnellstraßensystems im Gebiet Almaty investiert werden sollen. Die Bauarbeiten sollen im Juli 2013 beginnen.
12.4.2013	Außenminister Idrissow empfängt in Astana seinen kirgisischen Amtskollegen Jerlan Abdyldajew zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. Im Laufe seines Besuchs kommt Abdyldajew auch mit Premier Achmetow zusammen; es wird ein Abkommen über die nachbarschaftlichen Beziehungen unterzeichnet.
12.4.2013	Der russische Präsident Wladimir Putin bestärkt das russische Interesse an einer weiteren Nutzung des Weltraumbahnhofs Baikonur, trotz des gegenwärtigen Streits um Startgebühren. Bei einem Besuch des im Bau befindlichen Weltraumbahnhofs Wostotschnyj im Fernen Osten kurz zuvor hatte der Präsident Baikonur noch als überflüssig bezeichnet.
15.4.2013	Die staatliche Agentur für Kernenergie rechnet in ihrem Plan für das laufende Jahre mit einer Uranproduktion in Höhe von 22.821 t, d.i. eine Verdopplung der Ergebnisse des Vorjahres.
15.4.2013	Präsident Nasarbajew fordert die Regierung in einer Rede vor dem Unternehmerrat auf, sich stärker um die Senkung der Armutsrate im Land zu kümmern und gemeinsam mit Unternehmen eine Anhebung der Löhne in Angriff zu nehmen.
16.4.2013	Die Polizei nimmt im Bezirk Karakija (Gebiet Mangistau) 120 illegale Migranten aus Usbekistan fest, die ohne Papiere auf einer öffentlichen Baustelle arbeiteten. Insgesamt sind in der Region in der letzten Woche ca. 1.000 illegale Migranten festgenommen worden.
16.4.2013	Mehrere Medien berichten, dass der Obermufti Kasachstans und das Bildungs- und Wissenschaftsministerium im Streit über das Tragen des Hidschab in Schulen zu keiner Einigung kommen. Das Muftiat besteht auf dem Recht von Schülerinnen, auf Grund religiöser Überzeugungen den Hidschab tragen zu dürfen, das Ministerium verbietet dies ausdrücklich.
16.4.2013	Der stellvertretende Minister für Industrie und neue Technologien, Albert Rau, teilt vor Vertretern der Maschinenbaubranche mit, dass 2012 in Kasachstan 100.000 neue Autos gekauft wurden, davon wurden 20.000 im Land hergestellt. In Zukunft sollen die inländischen Produktionskapazitäten auf 300.000 Autos gesteigert werden.
16.4.2013	Die staatliche Eisenbahngesellschaft Kasachstan Temir Scholy schließt einen Vertrag mit DB World (Dubai) über die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen in den Städten Aktau (Gebiet Mangistau) und Chorgos (Gebiet Almaty).
16.4.2013	Bildungsminister Bakytchan Schumagulow verkündet, dass die Rückkehr der Stipendiaten des staatlichen Förderprogramms Bolaschak (Zukunft) aus dem Ausland in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Sicherheitsdienst streng kontrolliert werden soll.
17.4.2013	Ein Gericht in Uralsk (Gebiet Westkasachstan) verurteilt drei Männer zu drei Jahren Haft wegen Finanzierung der verbotenen terroristischen Organisation Islamische Dschihad Union.
17.4.2013	Präsident Nasarbajew empfängt den finnischen Präsidenten Sauli Niinisto in Astana zu einem offiziellen Besuch. Im Rahmen des Treffens werden Abkommen über eine engere Zusammenarbeit beider Länder in den Bereichen, Bildung, Wissenschaft und neue Technologien unterzeichnet.
17.4.2013	Bei einer Pressekonferenz im Anschluss an den Besuch des finnischen Präsidenten äußert sich Präsident Nasarbajew positiv über die Fortschritte der Demokratisierung des Landes und äußert die Hoffnung auf eine weitere Entwicklung in Richtung westlicher Demokratien.
18.4.2013	Industrieminister Asset Issekeschew verkündet auf dem Minex Central Asia Forum die Aufhebung des Moratoriums auf die Neuerschließung von Erzlagertstätten. Angebote für den Verkauf von Lizenzen werden laut dem Minister ab Mai angenommen.
18.4.2013	Das Europäische Parlament kritisiert in einer Resolution Kasachstan für seine Versäumnisse beim Schutz politischer, öffentlicher und religiöser Freiheiten. In dem Dokument wird die kasachstanische Führung weiterhin aufgefordert, den Führer der Oppositionspartei Alga!, Wladimir Koslow, aus der Haft zu entlassen, und der Sorge über das Verbot von Oppositionsparteien und regierungskritischen Medien Ausdruck gegeben.
18.4.2013	Die Polizei nimmt den ehemaligen Direktor der BTA Bank, Jerlan Tatischew, unter dem Verdacht der Veruntreuung fest.
19.4.2013	Tengrinews berichtet, dass die Regierung neben der Stadt Aktau auch Balkasch (Gebiet Karaganda) und Kurtschadow (Gebiet Ost-Kasachstan) als mögliche Standorte für ein zukünftiges Atomkraftwerk prüft.

## Kirgistan

24.3.2013	Am achten Jahrestag des Sturzes des ersten kirgisischen Präsidenten Askar Akajew findet in Dschalalabad ein von oppositionellen Kräften einberufener Kurultaj (traditionelle Volksversammlung) mit ca. 4.000 Teilnehmern statt, auf dem die Nationalisierung der Kumtor-Goldmine, die Freilassung der drei Ata-Dschurt Politiker Kamtschibek Taschijew, Sadar Schaparow und Talant Mamytow und eine Reformierung des Regierungssystems gefordert wird.
-----------	--

25.3.2013	Es wird bekannt, dass zwei Mitarbeiter des Komitees für nationale Sicherheit unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen wurden.
26.3.2013	Am Rande einer internationalen Konferenz über die CSTO und ihre Rolle für die Sicherheit Zentralasiens in Bischkek trifft CSTO-Generalsekretär Nikolaj Bordjuscha mit Außenminister Jerlan Abdyldajew und Notstandsminister Kubatbek Boronow zusammen.
26.3.2013	Maksim Bakijew wird von einem Gericht in Bischkek in absentia zu 25 Jahren Haft wegen illegaler Geschäfte während der Amtszeit seines Vaters verurteilt. Der Sohn von Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew wird auch in den USA und Großbritannien gerichtlich verfolgt und befindet sich derzeit in Großbritannien gegen Kaution auf freiem Fuß.
27.3.2013	Der UN-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Miroslav Jenca, führt in Bischkek Gespräche mit Präsident Almasbek Atambajew und Außenminister Jerlan Abdyldajew, u. a. über die neue nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung 2013–2017.
27.3.2013	Nach Angaben aus dem Wirtschaftsministerium stieg die Summe der ausländischen Direktinvestitionen aus Kasachstan im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 130% auf ca. 32 Mio. US-Dollar.
29.3.2013	An einer internationalen Konferenz über Kirgistans Weg zur eurasischen Integration in der Nähe von Bischkek nimmt neben Premierminister Dschantoro Satybaldijew auch der russische Vize-Premier Igor Schuwalow teil.
29.3.2013	Außenminister Abdyldajew trifft am Rande des 11. Asia Cooperation Dialogue of Foreign Ministers mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Jerlan Idrissow zu einem Gespräch über die bilaterale Zusammenarbeit zusammen.
1.4.2013	Der stellvertretende Premierminister Dschoormat Otorbajew und der thailändische Vize-Außenminister Jullapong Nonsrichai erörtern bei einem Treffen Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit, vor allem im Bereich Tourismus.
1.4.2013	Das kanadisch-russische Konsortium SNC-Lavalin International Ltd./ Juschnyj ICE hat die Ausschreibung für die Machbarkeitsstudie für das Kambar-Ata Wasserkraftwerk gewonnen, teilt die staatliche Elektrizitätsgesellschaft mit.
1.4.2013	Ein Gericht in Bischkek verurteilt die Ata-Dschurt Politiker Kamtschibek Taschijew und Sadyr Dschaparow wegen Umsturzversuches im Oktober 2012 zu anderthalb Jahren und Talant Mamytow zu einem Jahr Haft.
2.4.2013	Vor und während der ersten Berufungsverhandlung vor dem Obersten Gericht gegen den wegen einer Beteiligung an den Juni-Ereignissen 2010 verurteilten ethnischen Usbeken und russischen Staatsbürger Schamschiddin Nijasalijew kommt es zu verbalen und physischen Angriffen gegen seine Rechtsanwältin, ohne dass die anwesenden Sicherheitskräfte eingreifen. Nach einer Sitzungsunterbrechung hebt das Gericht das Urteil der zweiten Instanz auf und überweist die Angelegenheit zur Überprüfung zurück.
2.4.2013	Nach Angaben der staatlichen Agentur für Geologie kommt es an der Bozymchak Goldmine (Gebiet Dschalalabad) immer wieder zu Spannungen zwischen Kazakhmys Gold Kirgyzstan und Bewohnern eines nahegelegenen Dorfes wegen des Baus und Zustands der Zubringerstraße.
3.4.2013	Der am Vortag wegen des Verdachts der Beteiligung an den Osch-Ereignissen 2010 verhaftete Chefredakteur der usbekischsprachigen Zeitung Usch Sadosi (Stimme von Osch), Mahamadsoli Ismoilow, wird aus dem Gefängnis in Hausarrest entlassen.
3.4.2013	Reporter ohne Grenzen fordert die kirgisische Führung auf, die seit 13 Monaten per Parlamentsbeschluss bestehende Blockade der Website von Fergananeews.com aufzuheben. Versuche der Betreiber, gerichtlich gegen die Blockierung vorzugehen, wurden bislang von der Justiz verschleppt und unentschieden gelassen.
4.4.2013	Premierminister Satybaldijew erörtert mit dem russischen stellvertretenden Energieminister Anatolij Janowskij und dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, Walerij Golubjew, Fragen der Privatisierung von Kyrgyzgaz.
5.4.2013	Außenminister Abdyldajew trifft am Rande des Treffens der GUS-Außenminister in Taschkent mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Kooperation zusammen.
5.4.2013	Das Energieministerium kündigt für 2013 eine erhebliche Reduzierung der kirgisischen Energieexporte auf 500 Mio. kWh an.
8.4.2013	Nach Angaben des Komitees für Statistik ist das BIP Kirgistans im ersten Quartal 2013 um 7,6% gestiegen.
9.4.2013	Der türkische Ministerpräsident Recep Erdogan trifft in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Bischkek ein. Es sind Gespräche mit seinem Amtskollegen Satybaldijew und mit Präsident Atambajew über ökonomische, politische und humanitäre Fragen vorgesehen.
9.4.2013	Nach Angaben des Finanzministeriums betrug die Auslandsverschuldung Kirgistans am 1.1.2013 143,71 Mrd. Som (2,97 Mrd. US-Dollar) und damit 11,4 Mrd. Som (235 Mio. US-Dollar) mehr als ein Jahr zuvor.

11.4.2013	Das Parlament bildet eine Kommission zur Untersuchung der Hintergründe der vorzeitigen Freilassung des Schwermittler Asis Batukajew. Der zu einer 16jährigen Freiheitsstrafe verurteilte Tschetschene war aus gesundheitlichen Gründen am 9.4. vorzeitig entlassen worden und hatte Kirgistan sofort mit einem Flugzeug Richtung Grosnyj verlassen.
12.4.2013	Vize-Premier Schamil Atachanow teilt auf einer Regierungssitzung mit, dass man während der bislang acht Sitzungen einer gemeinsamen Grenzkommission mit Usbekistan einer Delimitation der strittigen 300 km der gemeinsamen Grenze keinen Schritt näher gekommen sei.
12.4.2013	Die Generalstaatsanwaltschaft von Belarus lehnt den kirgisischen Auslieferungsantrag für Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew und seinen Bruder Dschanysch vom Februar 2013 ab.
14.4.2013	In einem Interview mit ITAR-TASS bekräftigt Präsident Atambajew Kirgistans Willen, der Zollunion beizutreten.
15.4.2013	Vertreter des chinesischen und kirgisischen Roten Kreuzes unterzeichnen ein Hilfsabkommen über humanitäre Hilfe im Wert von 200.000 US-Dollar für Kirgistan.
16.4.2013	Kylyschbek Sultanov, Minister für soziale Entwicklung, tritt von seinem Amt zurück, der stellvertretende Gesundheitsminister, Bolorbek Elebesow, wird entlassen. Gründe werden in beiden Fällen nicht genannt.
17.4.2013	Außenminister Abdylidajew erörtert in Peking mit seinem Amtskollegen Wang Yi Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
17.4.2013	Vize-Premier Atachanow legt für die Zeit der Untersuchung der Umstände der Haftentlassung des Kriminellen Batukajew durch eine Parlamentskommission seine Amtsgeschäfte vorübergehend nieder.
17.4.2013	Der Ar-Namys Abgeordnete Tursunbaj Bakir uulu fordert unter Bezug auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Überprüfung der Finanzierung internationaler NGOs auch in Kirgistan.
18.4.2013	Das Parlament verabschiedet eine Ergänzung des Gesetzes über staatliche Symbole, die Haft bis zu einem Jahr oder Geldstrafen in Höhe von 5.000 – 10.000 Som (103 – 206 US-Dollar) für Missbrauch von Hymne, Flagge oder Wappen Kirgistans, etwa in Form von Satiren oder Karikaturen, vorsieht.

## Tadschikistan

27.3.2013	Amnesty International fordert die tadschikischen Behörden auf, das Verschwinden von Salim Schamsiddinow zu untersuchen. Der Führer der Usbeken Tadschikistans wird seit dem Morgen des 15.3. vermisst. Die örtlichen Behörden bestreiten jede Beteiligung, die Ermittlungen hätten auch keine Anzeichen auf eine Entführung ergeben.
28.3.2013	Der kasachstanische Außenminister Jerlan Idrissow trifft zu Gesprächen mit Präsident Emomali Rachmon und seinem Amtskollegen Hamrochon Zarifi in Duschanbe ein.
29.3.2013	In Duschanbe findet ein Treffen der Außenminister des Asian Cooperation Dialogue (ACD) statt. Tadschikistan hat derzeit den Vorsitz des 2002 gegründeten Zusammenschlusses von 32 asiatischen Staaten zum Zwecke besser koordinierter Zusammenarbeit inne.
29.3.2013	Die staatliche Agentur für Kommunikationsdienste fordert die Internet-Provider des Landes auf, den Zugang zu YouTube zu blockieren.
30.3.2013	Nach Angaben des Chefs des Tajik Mine Action Centre, Parwis Mawlonkulow, müssen immer noch 170 Minenfelder mit einer Fläche von insgesamt 7,5 Mio. m <sup>2</sup> von Minen geräumt werden.
2.4.2013	In Duschanbe findet die achte Sitzung der tadschikisch-weißrussischen Zwischenregierungscommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit statt.
3.4.2013	In Duschanbe findet die vierte Sitzung der tadschikisch-ukrainischen Zwischenregierungscommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit statt.
5.4.2013	Der am 5.2.2013 auf dem Kiewer Flughafen verhaftete frühere Premierminister Abdumalik Abdulodschonow wird auf Beschluss der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft nicht an Tadschikistan ausgeliefert, sondern aus der Haft entlassen, da er in den USA als politischer Flüchtling anerkannt ist.
5.4.2013	Vor der US-Botschaft (und am 6.4. vor dem UN-Büro) in Duschanbe demonstrieren ca. 200 Menschen gegen den Beschluss, Abdulodschonow nicht auszuliefern. Beobachter äußern die Vermutung, dass es sich um von der Regierung initiierte Proteste handele.
5.4.2013	Die beiden größten Geschäftsbanken des Landes, Orientbank und Agroinvestbank, unterzeichnen Verträge über eine Zusammenarbeit mit der russischen Agentur für Exportkredite und Investmentversicherung (ECIIA).
7.4.2013	U.S. Assistant Secretary of State for Public Affairs, Mike Hammer, trifft zu Gesprächen über Presse- und Internetfreiheit mit Regierungsvertretern und NGOs in Duschanbe ein.

9.4.2013	Eine Gruppe von Wirtschaftsvertretern und Technokraten gibt die Gründung der neuen Partei Tojikistoni Nav (Das neue Tadschikistan) bekannt, als ihr Hauptziel wird die ökonomische Unabhängigkeit des Landes genannt.
10.4.2013	Präsident Rachmon trifft in Brüssel mit Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zu einem Gespräch vor allem über die Situation in Afghanistan und den Abzug der ISAF-Truppen zusammen. Weitere Treffen finden mit EU-Außenkommissarin Catherine Ashton, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, statt.
10.4.2013	Auf einer Pressekonferenz in Brüssel erklärt Präsident Rachmon, dass er sich noch nicht über seine Kandidatur bei der im November stattfindenden Präsidentschaftswahl entschieden habe.
12.4.2013	Präsident Rachmon trifft in Brüssel mit dem belgischen Außenminister Didier Reynders zusammen.
14.4.2013	Ein Gericht in Dubai beschließt die Auslieferung des tadschikischen Oppositionellen Umarali Kuwwatow, der am 23.12.2013 auf tadschikisches Ersuchen auf dem Flughafen von Dubai verhaftet worden war.
15.4.2013	Präsident Rachmon empfängt den indischen Vizepräsidenten Mohammad Hamid Ansari zu Gesprächen über den Ausbau der bilateralen Beziehungen.
15.4.2013	Präsident Rahmon empfängt den kasachstanischen Verteidigungsminister, Adilbek Dschaksybekow, zu Gesprächen über die regionale Sicherheit, die Situation in Afghanistan und die bilaterale militärische Zusammenarbeit. Verteidigungsminister Scherali Chairullojew und sein kasachstanischer Amtskollege unterzeichnen eine Vereinbarung über die Ausbildung tadschikischer Soldaten an kasachstanischen Militärakademien sowie die Lieferung kasachstanischer Militärgüter an Tadschikistan.
16.4.2013	Das Außenministerium dementiert die Behauptung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Rahmatillo Zoirow, vom Vortag, dass China sich mehr Land im Grenzbereich angeeignet habe, als in einem bilateralen Abkommen vereinbart.
16.4.2013	Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Scharif Rahimsoda, begrüßt erstmals eine britische Wirtschaftsdelegation mit Vertretern von neun Unternehmen in Tadschikistan und äußert die Hoffnung, dass die Briten einen bedeutenden Beitrag zur tadschikischen Wirtschaft leisten werden.
17.4.2013	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, konstatiert bei der Vorstellung einer juristischen Analyse des neuen tadschikischen Mediengesetzes positive Schritte, fordert aber konkrete Regeln für seine Umsetzung und eine Verringerung des staatlichen Einflusses auf die Medien.
18.4.2013	Asia-Plus meldet, dass in Duschanbe eine Vereinbarung zwischen Tadschikistan und Großbritannien über den Luft- und Bodentransport von Militär- und Zivilgütern aus Afghanistan unterzeichnet wurde.
18.4.2013	Präsident Rachmon ernennt Zewarscho Zewarschojew zum neuen stellvertretenden Landwirtschaftsminister und besetzt eine Reihe weiterer Führungspositionen in der Verwaltung neu.
18.4.2013	Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte untersagt Russland, den wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der IMU verfolgten Ison Asimow an Tadschikistan auszuliefern und spricht ihm insgesamt 11.000 Euro Haftentschädigung und Erstattung von Auslagen zu. Asimow bestreitet jede Verbindung zu irgendeiner religiösen Gruppierung und sieht sich wegen der Aktivitäten seines Bruders in der VTO während des Bürgerkriegs verfolgt.
19.4.2013	Am Abend wird in Duschanbe der stellvertretende Vorsitzende der offiziell zugelassenen Partei der Islamischen Wiedergeburt, Machmadali Chait, im Eingang seines Hauses von Unbekannten krankenhaushausreif geschlagen.

## Turkmenistan

25.3.2013	Die türkische Firma Engin Group unterzeichnet einen Vertrag mit dem staatlichen Baumwollunternehmen Turkmenpagta über den Bau zweier Saatgutfabriken im Gebiet Mary und den Bau einer Baumwollmanufaktur im Gebiet Daschogus.
26.3.2013	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow rügt den Minister für das Autoverkehrswesen, Mele Gurbandurdyjew, für Versäumnisse in der Entwicklung des öffentlichen Transportwesens im Land schwer.
26.3.2013	Die Leiterin der EU-Delegation in Turkmenistan, Aurelia Bouchez, wird im Außenministerium zu Gesprächen über die Beziehungen zwischen der EU und Turkmenistan empfangen.
27.3.2013	Offiziellen Angaben zufolge plant die Regierung, in 2013 76,9 Mrd. m <sup>3</sup> Gas zu fördern, eine Steigerung um 8,3 Mrd. m <sup>3</sup> gegenüber dem Vorjahr. 43,9 Mrd. m <sup>3</sup> dieser Menge sind für den Export vorgesehen.

27.3.2013	In Daschogus beginnt eine zweitägige Konferenz zur ökologischen Situation des Aralsees mit Vertretern des International Fund for Saving the Aral Sea (ISAF), Delegationen aus Russland, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan, Tadschikistan, der EU und weiterer internationaler Organisationen. In seiner Eröffnungsrede betont Präsident Berdymuchammedow die Bedeutung eines nachhaltigen Umweltschutzes für die Lebensbedingungen der Menschen in der Region.
29.3.2013	Der Anhänger der Zeugen Jehovas Atamurat Suwchanow wird von einem Gericht in der Stadt Daschogus (Gebiet Daschogus) wegen Wehrdienstverweigerung zu einem Jahr Haft verurteilt.
29.3.2013	Turkmenischen Medien zufolge hat sich die Zahl von Flugzeugen verdoppelt, die am Flughafen Turkmenbaschi am Kaspischen Meer zwischenlanden. Präsident Berdymuchammedow führt diese Steigerung auf die vor einem Jahr eingeführte Subventionierung von Flugtreibstoff zurück.
31.3.2013	Die regierungskritische Website Chronika Turkmenistana ist eigenen Angaben zufolge Hackerangriffen ausgesetzt.
4.4.2013	Präsident Berdymuchammedow empfängt den russischen Außenminister Sergej Lawrow. In Gesprächen mit dem Präsidenten und seinem Amtskollegen Raschid Meredow diskutiert der russische Außenminister Fragen der Nutzung von Bodenschätzen im Kaspischen Meer und die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder.
9.4.2013	Im Vorfeld des Besuchs von Außenminister Meredow in Brüssel ruft Human Rights Watch die EU auf, in Menschenrechtsfragen stärkeren Druck auf das Regime in Aschhabad auszuüben.
9.4.2013	In ihrem Wirtschaftsausblick Zentralasien für das Jahr 2013 rechnet die Asian Development Bank (ADB) mit einem Wachstum von 8 – 9% in Turkmenistan dank hoher Energieexporte nach China.
9.4.2013	In Brüssel kommt Außenminister Meredow mit der Hohen Repräsentantin der EU für Außenbeziehungen, Catherine Ashton, zu Gesprächen über die Energiewirtschaft und einen möglichen Beitritt Turkmenistans in die WTO zusammen.
12.4.2013	Während einer Kabinettsitzung entlässt Präsident Berdymuchammedow mehrere Leiter von Regionalverwaltungen wegen Nichterfüllung der ihnen aufgetragenen Aufgaben.
15.4.2013	Turkmenistan plant, bis 2020 seinen Stromexport zu verfünffachen und Länder wie Tadschikistan, Pakistan und Armenien zu versorgen. Staatliche Medien berichten, dass Präsident Berdymuchammedow bei einer Regierungssitzung bekannt gab, bis zu 5 Mrd. US-Dollar für dieses Ziel investieren zu wollen.
15.4.2013	Laut Angaben der Zentralen Wahlkommission haben in allen fünf Gebieten mehr als 85% der Wähler ihre Stimme bei den Wahlen zu den Organen der lokalen Selbstverwaltung abgegeben.
17.4.2013	In Aschhabad tagt eine Konferenz zur ökologischen Sicherheit des Kaspischen Meers mit Vertretern der Anrainerstaaten. Diskutiert wird von den Teilnehmern u. a. eine Resolution zur Abwehr von Notsituationen im Binnenmeer.
18.4.2013	Chronika Turkmenistana berichtet, dass die Ankündigung einer Anhebung von Zöllen auf Ersatzteile für Autos auf den lokalen Märkten im Land zum sprunghaften Anstieg der Preise für entsprechende Güter und zu Vorsorgeeinkäufen im Ausland geführt hat.
18.4.2013	Die Nominierung von Kandidaten für die Nachwahlen zu fünf vakant gewordenen Sitzen im Nationalparlament beginnt.

## Usbekistan

25.3.2013	Gazeta.uz meldet, dass Gas für die Bevölkerung ab 1.4. um fast 14% teurer wird. Zuvor waren schon Preiserhöhungen für Strom, Wasser und Heizung zum gleichen Zeitpunkt angekündigt worden.
25.3.2013	Fergananeews.com meldet, dass gegen den Großunternehmer Bachodir Karimdschonow in Taschkent ein strafrechtliches Verfahren wegen des Verdachts auf Schmuggel, Bildung einer kriminellen Vereinigung u. a. eröffnet wurde. Karimdschonow, der die Zucker- wie Coca-Cola-Produktion Usbekistans unter Kontrolle hat und Eigentümer der seit Wochen geschlossenen Supermarktkette Dunyo ist, befindet sich zurzeit in den VAR; seine Auslieferung soll beantragt werden.
25.3.2013	Auf dem Sangruntau-Feld im nördlichen Nawoi Bezirk wurde mit der Bohrung nach Ölschiefer begonnen, meldet die russische Neftegaz-Website. Das Projekt soll jährlich 8 Mio. t Schieferöl, bzw. 1 Mio. t Öl produzieren.
26.3.2013	In Usbekistan sind laut Meldung von Fergananeews.com diverse proxy-server blockiert worden. Beobachter sehen einen Zusammenhang mit seit einigen Tagen kursierenden Gerüchten einer schweren Erkrankung des Präsidenten.
26.3.2013	In Taschkent beginnen zweitägige usbekisch-kirgisische Grenzgespräche unter Leitung der stellvertretenden Premierminister beider Länder, Rustam Asimow und Schamil Atachanow.

26.3.2013	Am Stadtrand der sibirischen Stadt Omsk haben Ortsansässige nach einem Streit einen usbekischen Arbeitsmigranten bei lebendigem Leibe verbrannt, teilt die örtliche Miliz mit.
27.3.2013	Der kasachstanische Außenminister Jerlan Idrissow wird von Präsident Islam Karimow zu Gesprächen über diverse Aspekte der bilateralen Beziehungen empfangen. Das erste staatliche Fernsehprogramm zeigt Bilder des Treffens, die den Präsidenten bei guter Gesundheit zeigen.
27.3.2013	Die Vorsitzende der Association for Human Rights in Central Asia, Nadjeschda Atajewa, beklagt in Genf, dass es in Usbekistan im Bereich der Menschenrechte keine Verbesserungen gebe, bezüglich der Folter habe sich die Situation sogar verschlechtert.
29.3.2013	Unbekannte Hacker haben in der Nacht die Website der im Ausland operierenden usbekischen Oppositionsgruppe Volksbewegung Usbekistans um Muhammed Salih zerstört.
29.3.2013	Die US-amerikanische Heritage Foundation gibt die Kürzung ihrer Finanzmittel für Usbekistan bekannt.
29.3.2013	In Taschkent findet eine Sitzung des Rates der Anti-Terror-Struktur der SCO statt.
30.3.2013	Nach Angaben der Föderalen Agentur für Luftverkehr der RF wurde zwischen Usbekistan und Russland ein Protokoll über die Konvertierung von Einnahmen aus dem Luftverkehr und den Verkauf von Tickets unterzeichnet.
31.3.2013	Gulnara Karimowa, Tochter des Präsidenten und UN-Vertreterin ihres Landes in Genf, beklagt in ihrem Blog, dass in der Schweiz ein regelrechter Krieg gegen sie geführt werde.
1.4.2013	Der stellvertretende Vorsitzende der Nationalbank, Schuchrat Chaidarow, wurde nach Angaben von FergananeWS.com bereits am 23.3. wegen Machtmissbrauch und Bestechlichkeit verhaftet und seines Amtes enthoben. Nachfolger ist Ulugbek Mustafajew.
2.4.2013	Die Preise für den öffentlichen Personenverkehr steigen um 100–200 Sum (4–9 US-Cent), seit dem Vortag gelten bereits höhere Tarife für Gas, Strom und Warmwasserversorgung.
2.4.2013	Rustam Holmatow wird von seinem Amt als Gouverneur des Gebietes Taschkent entlassen, Nachfolger ist der bisherige Gouverneur des Gebietes Andischan, Achmad Usmanow.
3.4.2013	Die staatliche malaysische Erdölförderfirma Petronas stellt ihre Erkundungsarbeiten im Gebiet Suchandarja ein, meldet RIA Nowosti.
3.4.2013	Nach einer Meldung von FergananeWS.com hat UNHCR in Kirgistan der usbekischen kritischen Journalistin Jelena Bondar den Status als politischer Flüchtling verweigert.
3.4.2013	Das Committee to Protect Journalists fordert Usbekistan auf, den seit 1999 inhaftierten schwer kranken Journalisten Muchammad Bekjanow frei zu lassen. Bekjanow und ein mit ihm verurteilter Kollege sind die weltweit am längsten in Haft befindlichen Journalisten.
4.4.2013	Außenminister Abdulasis Kamilow trifft mit dem Exekutivsekretär und Vorsitzenden des Exekutivkomitees der GUS, Sergej Lebedjew, zu Gesprächen zusammen.
4.4.2013	Eine polnische Wirtschaftsdelegation unter Führung des stellvertretenden Wirtschaftsministers Andrzej Dycha hält sich zur Anbahnung von Wirtschaftskontakten in Usbekistan auf.
4.4.2013	Das Oberste Wirtschaftsgericht bestätigt das Urteil über den Entzug der Lizenz für den Mobilfunkbetreiber Uzdunrobot/MTS Usbekistan.
5.4.2013	In Taschkent findet ein reguläres Treffen der Außenminister der GUS-Staaten statt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow fordert auf der anschließenden Pressekonferenz, dass vor dem Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen erarbeitet werden.
9.4.2013	U.S. Assistant Secretary for Public Affairs Mike Hammer trifft in Taschkent zur Teilnahme an einer Konferenz über Pressefreiheit ein.
10.4.2013	Ausländische Flugunternehmen dürfen in Usbekistan ab sofort Flugtickets auch in ausländischer Währung verkaufen.
11.4.2013	Usbekische Menschenrechtler melden den Tod des Untersuchungsgefangenen Umid Achmedow nach offensichtlicher Folter. Der ehemalige Mitarbeiter des Außenministeriums war am 15.3. unter dem Verdacht der Bestechlichkeit verhaftet worden.
12.4.2013	Laut einem Bericht von 12.uz hat die Regierung die Schaffung eines internationalen Logistikzentrums im Gebiet Suchandarja beschlossen, das u. a. mit EU-Unterstützung gebaut werden und vor allem dem Transport nach Afghanistan dienen soll.
12.4.2013	Yves Daccord, der Generaldirektor des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (ICRC) teilt mit, dass seine Organisation ihre Besuche usbekischer Gefängnisse wegen Nutzlosigkeit einstelle.

14.4.2013	Die Staatsanwaltschaft des Kantons Genf lehnt die von der diplomatischen Vertretung Usbekistans geforderte Aufnahme von Ermittlungen gegen die usbekische Menschenrechtlerin Mutabar Tadschibajewa, den ehemaligen britischen Botschafter in Usbekistan, Craig Murray u. a. wegen eines Angriffs auf das Haus Gulnara Karimowas ab. Tadschibajewa und ihre Mitstreiter hatten sich am 2.3. auf dem Bürgersteig vor dem Privathaus Karimowas aufgehalten.
15.4.2013	Der am 18.2. spurlos aus Bischkek verschwundene anerkannte politische Flüchtling Schuchrat Musin befindet sich in einem Andischaner Gefängnis, meldet fergananews.com.
15.4.2013	Präsident Karimow wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin empfangen. Beide Seiten betonen die hohe Bedeutung der gegenseitigen Beziehungen. Neben einem Programm über wirtschaftliche Zusammenarbeit 2013–2017 werden auch Vereinbarungen über kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet.
16.4.2013	Nordea, die größte Bank Skandinaviens, wird im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal um den Erwerb einer Lizenz für Usbekistan durch die schwedische Firma TeliaSonera von der schwedischen Finanzaufsicht zur Zahlung von 30 Mio. Kronen (4,7 Mio. US-Dollar) wegen ungenügender Beachtung der Gesetze gegen Geldwäsche verurteilt.
16.4.2013	Uznews.net meldet, dass in Taschkent mehrere Tagelöhner eine nichtstaatliche Gewerkschaft der Tagelöhner gebildet haben, die auch die Interessen der usbekischen Arbeitsmigranten in Russland vertreten soll.
17.4.2013	In einer im Fernsehen übertragenen Rede auf einer internationalen Konferenz über ländlichen Hausbau betont Präsident Karimow das Interesse seines Landes an ausländischen Investitionen, das durch gute Investitionsbedingungen unterstrichen werde. Das Vertrauen ausländischer Investoren wachse offensichtlich. In der gleichen Rede spricht der Präsident sich für eine verstärkte Kenntnis der englischen Sprache aus, weil sie für die Nutzung des Internets unabdingbar sei.
17.4.2013	Der Präsident der Islamischen Entwicklungsbank, Ahmad Muhammad Ali, wird von Präsident Karimow empfangen.
17.4.2013	Schawkat Tilajew wird zum neuen stellvertretenden Gesundheitsminister ernannt.
18.4.2013	Der russische Vize-Premier Dmitrij Rogosin erklärt auf einer Sitzung der russischen Regierung, dass die Produktion von Il-476 Flugzeugen in Uljanowsk nur rechtzeitig aufgenommen werden konnte, weil man Spezialisten aus dem geschlossenen Tschkalow-Flugzeugwerk in Taschkent anwerben konnte.
18.4.2013	CA-News meldet, dass Alischer Usmanow, Usbeke mit russischer Staatsbürgerschaft, mit einem Vermögen von 17,4 Mrd. US-Dollar wieder Platz 1 in dem neuesten Forbes-Rating der reichsten Businessmen Russlands einnimmt.
18.4.2013	Präsident Karimow empfängt den Präsidenten der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), Shiao Zhao.
19.4.2013	Der bekannte Schriftsteller Mamadali Machmudow wird nach mehr als 14jähriger Haft entlassen. Machmudow hatte 1991 vergeblich versucht, bei der Präsidentschaftswahl gegen Islam Karimow zu kandidieren und war 1999 wegen eines angeblichen Umsturzversuches verurteilt worden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistenten: Alexander Wolters

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2013 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org) • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)